

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

Fernsprecher M 8538. ::
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Beif-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 11

Cöln, den 2. Juni 1917.

V. Jahrgang.

Frauen und Gewerkschaftsbewegung.

Die während des Krieges sehr ausgebreitete gewerbliche Tätigkeit der Frauen wird ohne Zweifel wieder erheblich zurückgehen, sobald die Millionen Arbeitskräfte, die heute im Felde stehen wieder in das Erwerbsleben zurückfluten. In manchen Berufen wird sie wieder vollständig verschwinden müssen, da der weibliche Organismus den gestellten Anforderungen nicht gewachsen ist, oder aber ihre Weiterbeschäftigung nur auf Kosten der Gesundheit der Mädchen und Frauen und des Nachwuchses beibehalten werden kann. Der Versuch, sie in manchen Berufen und Betrieben, trotz der offensichtlichen Gefahren beizubehalten, wird ohne Zweifel gemacht werden. Bis zu einer gewissen Grenze wird die Frauenarbeit auch in Zukunft eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sein und nicht entbehrt werden können, sofern die nötigen Schutzmaßnahmen für die betreffenden Arbeiterinnen selbst und das Familienleben getroffen werden. Aber zu behaupten, daß die Schäden für das, durch die berufliche Tätigkeit der verheirateten Frauen gestörte Familienleben durch soziale Einrichtungen vollständig wieder ausgeglichen werden könne, geht zu weit.

Die besten Kinderbewahranstalten, die besten Gemeinschaftsküchen, die besten Erziehungsmethoden in den verschiedenen Anstalten, können das echte deutsche Familienleben, in der doch die Gattin und die Mutter als Hüterin und Pflegerin die Hauptperson ist, nicht notdürftig ersetzen. Es sei denn, daß man all die ideellen Werte, die sich weder messen, noch wägen lassen, die aber innerhalb des häuslichen Kreises gehegt und gepflegt für die Volkswohlfahrt von der entscheidendsten Bedeutung sind, vollständig außer acht läßt. Die Entwicklung des Wirtschaftslebens geht aber ihren eigenen Weg. Und wo das Geld, der Profit gebietet, treten, wie uns die Erfahrung lehrt, soziale, ethische und zum Teil auch volkswirtschaftliche Erwägungen in den Hintergrund. Aus diesem Grunde werden wir auch nach dem Kriege mit einer ausgedehnten Frauenarbeit zu rechnen haben, die einerseits über das volkswirtschaftlich notwendige Maß hinausgeht und andererseits eine Gefahr für den sozialen Aufstieg der Arbeiterschaft bedeutet. In Nummer 2/1917 unseres Organes haben wir in eingehender Weise diese Zusammenhänge klargestellt und nachgewiesen, daß diese angedeutete Gefahr für den sozialen Aufstieg, wie auch die wirtschaftliche Besserstellung der betreffenden Frauen, die Durchführung des Grundsatzes „für gleiche Arbeit gleicher Lohn“ nicht ohne den Anschluß der Frauen an die gewerkschaftlichen Organisationen möglich sei.

Trotz dieser sehr einfachen Vintenn Wahrheit haben wir erlebt, daß während des Krieges, trotz der gewaltig zugenommenen Frauenarbeit, die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterinnen abgenommen hat. Im Jahre 1913 waren von 1000 männlichen Arbeitern 281 in den verschiedenen Gewerkschaften organisiert, von 1000 weiblichen dagegen nur 67. Während des Krieges ist nun die Zahl der weiblichen Mitglieder in den freien Gewerkschaften um 23 Prozent, in den christlichen um 15 Prozent und den Kirch- und Arbeitervereinen um 27 Prozent zurückgegangen, so daß das Verhältnis zwischen den beschäftigten und organisierten Arbeiterinnen ein noch wesentlich schlechteres geworden ist. Den Ursachen hierfür muß nachgegangen werden. Zunächst ist hierfür wohl der Umstand verantwortlich zu machen, daß die Mehrzahl der tätigen Verbandsbeamten zum Seeresendienst eingezogen wurden. Wenn schon die Mehrzahl der männlichen Mitglieder, der Führung durch geistig überragende Kollegen nicht entbehren kann, um so mehr gilt dieses für die Kolleginnen. Der Weg zu den gewerkschaftlichen Erfolgen ist in der Regel ein sehr langer, dornenvoller und schwer überschaubarer. Unübersteigbare Hindernisse zwingen öfters auf Umwegen zum Ziel zu gelangen. Daß dabei mancher und manche müde werden und auf dem beschrittenen Wege umkehren, ist sehr leicht verständlich. Vielfach wird auch seitens der Unternehmer, die Bewilligung einer Forderung mit Absicht hinausgeschoben, um vertrauensvoll auf die Kurzsichtigkeit der Arbeiterinnen, dadurch die Organisation zu sprengen und sich vor späteren Forderungen zu schützen. Eine gründliche gewerkschaftliche Schulung und gediegene Bildungsarbeit kann dem nur entgegenarbeiten.

Ein weiterer Grund ist, daß die meisten Arbeiterinnen die Gewerkschaft als vorübergehend betrachten; die jüngeren als Uebergangszeit zur Heirat, die älteren als augenblicklichen Notbehelf. In dieser Auffassung ihrer Erwerbstätigkeit liegt die Erklärung dafür, daß sie den Berufs- und Standesinteressen meist gleichgültig gegenüberstehen. Auf die gleiche Ursache ist ferner das vielfach mangelnde Solidaritätsgefühl und ungenügende Opferwilligkeit zurückzuführen. Von einem tieferen Eindringen in Wesen und Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen kann nur bei einem kleinen Bruchteil die Rede sein.

Der Einwand, daß die Erwerbsarbeit nur vorübergehender Natur ist, ist jedoch in vielen Fällen ein Trugschluß. Viele Arbeiterinnen kommen überhaupt nicht zur Heirat, nach dem Kriege noch weniger wie vorher; und wie viele von denen, die später heiraten, sind dann doch noch gezwungen, als Frau und Mutter die Erwerbsarbeit fortzu-

ischen. Aber selbst, wo das nicht der Fall ist, wo die Arbeit wirklich nur vorübergehend ist, ist der Beitritt zur Organisation zweckmäßig und notwendig, weil nur damit der Arbeiterin selbst Schutz und Hilfe verbürgt und die Gesamtfrage des Arbeiterstandes gehoben werden kann.

Stimmend wirkt auch für die Gewinnung der Arbeiterinnen, daß sie nicht selten von der gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit viel weniger erfaßt werden können, wie die Männer. Das mangelnde Interesse für Literatur und Versammlungsweisen, der viel stärker empfundene Druck der Unternehmer oder sonstiger Vorgesetzten sind nur dazu angetan, die Arbeiterinnen von der gewerkschaftlichen Organisation fern zu halten. Die Furcht vor dem Unternehmerdruck ist völlig unbegründet. Heute hat sich der Gedanke des Koalitionsrechtes und der Organisation so weit durchgesetzt, daß eine Bedrückung wegen Zugehörigkeit zu einer Organisation immer seltener wird. Von mancher Seite wird auch die Behandlung seitens der männlichen Arbeitskollegen als ein Hindernis für den Organisationsgedanken bezeichnet. Gewiß kommen auch derartige Fälle vor, wo unorganisierte Arbeiter und Angestellte, in vollständiger Verkennung ihrer eigenen und Standesinteressen ihre Kolleginnen unkollegial behandeln. Das sind jedoch Einzelfälle, die mit den gewerkschaftlichen Solidaritätsprinzipien durchaus unvereinbar sind. Nirgends finden die Kolleginnen einen überzeugteren und wirkungsvolleren Sachwalter ihrer Ehre und wirtschaftlichen Interessen, nirgends einen energischeren Vertreter ihrer Gleichberechtigung und Gleichwertung, wie in den gewerkschaftlichen Berufsorganisationen. Der beste Beweis dafür ist der von den Gewerkschaften aufgestellte und stets im Interesse der Arbeiterinnen verfochtene Grundsatz: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn.

Ein gewichtiges Hemmnis für die Gewerkschaftsorganisationen ist vielfach die Stellung in der Familie. Viele sind nicht auf sich selbst gestellt, sondern gehören als Glied zu ihrer Familie. Ungezählte von ihnen verdienen einen Lohn, der zum Unterhalt ihrer Person völlig ungenügend ist. Was fehlt, muß durch den Vater oder sonstige Familienangehörige oder auf Kosten der Gesamtfamilie zugeschoßen werden. Sie weiß wohl, daß der Lohn für ihre Arbeit zu gering ist, aber sie empfindet dies weniger als unhaltbaren Zustand, weil der Ausfall für ihren Lebensunterhalt von anderer Seite bestritten wird. Daß diejenigen, die außerhalb der Familie, also völlig allein stehen, bei diesen Lohnverhältnissen desto schlimmer daran sind, kommt nur wenigen zum Bewußtsein.

Trotz aller dieser, einer weitgehenden Organisierung der weiblichen Angestellten und Arbeiterinnen entgegenstehenden Schwierigkeiten wird eine durchgreifende Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage in der Privatindustrie, wie auch in den städtischen und staatlichen Betrieben ohne ihre bewußte tatkräftige Mitwirkung nicht möglich sein. Einen anderen Weg gibt es eben nicht. Oder haben all. die Schwäger und gedankenlosen Nachplauderer ein anderes Mittel angeben können?

Des weitern wäre zu prüfen, ob die gewerkschaftlichen Organisationen ihr Unterstützungsweisen nicht den besonderen Bedürfnissen der weiblichen Mitglieder noch weiter anpassen können. Verschiedene Verbände haben bereits versucht, durch Einführung einer Unterstützung für Wöchnerinnen und bei der Verheiratung den dahingehenden Wünschen Rechnung zu tragen. Da in letzter Linie die Zusammenfassung der Kolleginnen nicht nur im Interesse der betreffenden selbst liegt, sondern von mitentscheidender Bedeutung für den sozialen Aufstieg großer Arbeitergruppen ist, ist es Pflicht

aller Beteiligten nicht zuletzt auch der männlichen Mitglieder der Organisation, sich der Kolleginnen anzunehmen. Geduld und Ausdauer wird auch hier zum Ziele führen.

Unser Verband im Jahre 1916.

Tätigkeit und Erfolg.

Der im vorhergehenden Artikel gekennzeichneten Situation mußte der Verband bei seiner Tätigkeit Rechnung tragen. Dem Bemühen auf dem bisher gewohnten Wege, durch Lohnerhöhungen das Einkommen der Kollegen und Kolleginnen zu erhöhen, wurden überall die größten Hindernisse bereitet. Tatsächlich sind die gegenwärtigen Verhältnisse auch nicht dazu angetan, grundlegende Neuordnungen der Lohn tafeln vorzunehmen, wenn auch andererseits nicht verkant werden kann, daß in manchen Städten die Zustände derart unhaltbar geworden sind, daß eben keine andere Regelung, wie die der Neuordnung der Lohn tafeln mehr in Frage kommen kann. Da es aber den Kollegen in erster Linie darauf ankam, baldmöglichst in den Besitz von höherem Einkommen zu gelangen, mußte der Weg gewählt werden, auf dem die wenigsten Widerstände zu überwinden waren. Dadurch wurden wir von selbst auf den Weg der Teuerung- und Familienzulagen verwiesen. Wie die Erfolge zeigen, sind die Bemühungen denn auch nicht vergeblich gewesen. Bereits im Jahre 1915 waren für über 90 Prozent der Mitglieder derartige Zulagen gewährt. Diese weiter auszubauen, sie den inzwischen geänderten Verhältnissen anzupassen, galt unsere erste Sorge. Eine Verbesserung respektive Erhöhung der Zulagen wurde im Laufe des Jahres vorgenommen, für die Gemeindearbeiter respektive Straßenbahnbediensteten in Aachen, Amberg, Bamberg, Bonn, Bochum, Cleve, Köln, Crefeld, Dillingen, Düsseldorf, Freising, Freiburg, Elberfeld, Essen, Mainz, München, Mannheim, Münster, Regensburg Rosenheim, Starnberg, Weiden, Würzburg und Zwickau. Außerdem für die staatlichen Flussbauarbeiter in Bayern, die Handwerker und Arbeiter der Kreisanstalt Werneck und die staatlichen Museumsarbeiter in Berlin. In verschiedenen der genannten Städte erfolgte im Laufe des Berichtsjahres eine zweimalige Erhöhung. In allen genannten Städten war seitens des Verbandes ein diesbezüglicher Antrag gestellt und die Vertreter der Arbeiterschaft in den Bürgerschaftsvertretungen mit geeignetem Materiale zur wirksamen Vertretung der Forderungen versehen worden.

Fast ohne Ausnahme erfolgte der Ausbau des Zulageweisens nach der Richtung hin, daß der Familienstand und die Unterhaltungspflicht des Einzelnen, bei Bemessung der Höhe der Zulage Berücksichtigung fand. Nicht nur vom sozialen und volkswirtschaftlichen, sondern auch vom rein gewerkschaftlichen Gesichtspunkte aus, ist dieses zu begrüßen. Doch auch hier sind Grenzen gezogen, soll nicht die Gewährung von Familienzulagen auf Kosten der eigentlichen Löhne erfolgen. Wenn vereinzelt eine Familienzulage bei 5 Kindern in der Höhe von 60 Prozent des Lohnes und den Ledigen nur eine Zulage von 7 bis 10 Prozent gewährt wird, so muß diese Entwicklung auf die Dauer, sowohl für die ledigen Arbeiter, wie auch für die betreffenden Arbeitgeber zu unerfreulichen Zuständen führen.

Mit Recht hat sich aber der Verband, wie die Verhältnisse eben während der Kriegszeit liegen, auf den Standpunkt gestellt, vorerst muß der eingetretenen Notlage gesteuert werden, zu dem die Zwecke die Familienzulage sehr geeignet waren. Die sich hieraus ergebenden unerfreulichen Nebenerscheinungen zu beseitigen, muß Aufgabe für die nächste und folgende Zeit sein.

Einen Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung haben die Zulagen nicht gebracht, und es wäre ungerecht, die Tätigkeit des Verbandes hiernach allein einzuschätzen. Die Frage muß daher so gestellt werden. Wie würde sich die wirtschaftliche Lage der Kollegen ohne den Einfluß und die Tätigkeit der gewerkschaftlichen Organisation gestalten haben? Stehen die Opfer an Geld, Arbeit und Mühen, die für den Verband gebracht sind, im richtigen Verhältnis zu seinen Erfolgen? Diese Frage kann mit einem bestimmten Ja beantwortet werden. Zudem lassen sich die Erfolge des vergangenen Jahres heute noch gar nicht übersehen. Man denke nur daran, wie wohl das Hilfsdienstgesetz ausgefallen, wenn es ohne Mitwirkung der Gewerkschaftsvertreter, nach den Wünschen verschiedener Unternehmergruppen gemacht worden wäre, wie sich überhaupt die vollen Erfolge der Gewerkschaften erst nach Friedensschluß zeigen werden. Leider gibt es auch unter den Gemeindefarbeitern und Strassenbahnern, die trotz alledem den Wert der gewerkschaftlichen Organisationen lediglich nach dem Steigen oder Fallen der Lohnkurve beurteilen, die alles andere, was für die wirtschaftliche und soziale Hebung der Arbeiterschaft von der allergrößten Bedeutung ist, einfach als Luft behandeln. Was nicht ein Blinder mit dem Stock fühlen kann, entgeht ihrer Beobachtung. Hoffentlich wird der Krieg, der einen Jeden geradezu zwingt, sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu beschäftigen, auch hier eine Aenderung vorbereiten.

Mitgliederbewegung.

Am Anfang des Jahres waren 66 Ortsgruppen vorhanden. Die Ortsgruppen Simbach und Euskirchen gingen ein, da fast sämtliche Mitglieder zum Seeresdienst einberufen wurden. Neugegründet wurden Zwickau in Sachsen und Werdohl. Der Bestand war daher am Schlusse des Jahres der nämliche wie zu Anfang. Die Mitgliederzahl anfangs des Jahres betrug 1905. Neuaufnahmen, Uebertritte und Wiedereintritt von aus dem Felde zurückgekommenen Kollegen ergaben einen Zuwachs von 722 Mitgliedern. Durch Austritt, Tod und Einziehungen zum Heere waren 770 Mitglieder in Abgang zu stellen, sodaß am Schlusse des Jahres noch 1857 Mitglieder vorhanden waren, die, im Durchschnitt gerechnet, 50¼ Wochenbeiträge geleistet haben. Im Felde standen 2451 Mitglieder, sodaß sich gegen das letzte Friedensvierteljahr 1914 ein Verlust von 567 Mitgliedern ergibt. Ein Teil von ihnen sind aber ebenfalls zum Heere eingezogen. Acht Ortsgruppen gingen zu Anfang des Krieges sofort ein, da sie entweder im Kriegsgebiet lagen, oder aber infolge Einberufung der Vorstandsmitglieder und sämtlicher Vertrauensleute jeder Leitung benommen waren, infolgedessen die Hauptgeschäftsstelle keine Angaben mehr erhalten konnte und sie in der Statistik vorläufig als verschollen betrachten muß. Zum Militär eingezogen wurden im Berichtsjahre 305, zurückgemeldet haben sich 147 Mitglieder. Die Zahl der weiblichen Mitglieder stieg von 21 auf 65. Gegenwärtig sind ungefähr 550 weibliche Mitglieder vorhanden. Wenn schon die männlichen Kollegen sehr schwer für den Gewerkschaftsgedanken zu haben sind, um vieles schwieriger aber ist noch die Gewinnung von Kolleginnen. Alle Schwierigkeiten in der Agitation wären aber besser zu überwinden gewesen, wenn nicht unsere Verbandsbeamten sämtlich im Jahre 1916 im Heere gestanden hätten, sodaß zeitweise nur ein einziger Kollege zur Erledigung der Arbeiten, in der Hauptgeschäftsstelle sowohl, wie in den Ortsgruppen, zur Verfügung stand, worunter naturgemäß die Entwicklung schwer gelitten hat.

(Fortsetzung folgt.)

Aus unseren Berufen.

Einem Beschlusse des Magistrats und des Bürgervorsteherkollegiums der Stadt Osnabrück gemäß wurde die bisher gewährte Teuerungszulage wie folgt geändert.

Es erhalten nunmehr:

Ledige 23 Mk. monatlich,

Verheiratete 27 Mk. und für jedes Kind 4 Mk. Die bisher gewährte Kriegslohnzulage wird aber auf diese Sätze angerechnet.

Eine besondere Zulage in Augsburg. Das Gemeindefkollegium hat beschlossen, allen versorgungsberechtigten Arbeitern eine zehnprozentige Lohnzulage mit rückwirkender Kraft bis 1. April zu gewähren, jedoch mit der Maßgabe, daß die Zulage mindestens 50 Pfg. betragen muß. Eine Ausnahme machen nur die Laternenwärter, bei denen es bei einer Zulage von 10 Prozent bleiben soll. Die Bezüge der nicht ständigen Arbeiter, Aushilfsarbeiter usw. sollen den Lohnverhältnissen der Privatindustrie entsprechend unter tunlichster Anpassung an die Lohn tafel und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit neu geregelt werden.

Eine allgemeine Befriedigung wird dieser Beschluß wohl schwerlich bei den betreffenden Kollegen auslösen.

Rundschau.

Auszeichnung. Unser Kassierer der Ortsgruppe Baden, Kollege Gustav Kleinkopf erhielt das Eisernes Kreuz und wurde gleichzeitig zum Sergeanten befördert. Unsern herzlichsten Glückwunsch. Möge ihm eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Seit nahezu drei Jahren finden wir regelmäßig in unserem Organ diese Rubrik, worin alle diejenigen Kollegen bezeichnet sind, denen ein Orden, oder ein sonstiges äußeres Zeichen ihrer treuen Pflichterfüllung verliehen ist. Naturgemäß können nicht alle mit diesem äußeren Zeichen dekoriert werden. Auch nicht alle, die in besonders hervorragender Weise sich betätigt haben, werden diese sichtbare Auszeichnung erhalten, weil ihre Leistungen ungesehen verrichtet wurden und kein Vorgesetzter vorhanden war, der hierüber eine Meldung hätte erstatten können. Treue Pflichterfüllung findet ihren Lohn auch nicht in einem äußeren Zeichen, sondern im Bewußtsein, seine Pflicht und Schuldigkeit getan zu haben. Ein jeder so vor sich selbst im Herzen geadelt und ausgezeichnet, wird ohne jeden Neid seine mit äußeren Zeichen gekennzeichneten Kameraden den Vorteil gönnen. Allen aber, die daheim geblieben sind, kommt tagtäglich immer mehr zum Bewußtsein, daß das bedrohte Vaterland nur durch die treue Pflichterfüllung Aller, die da draußen die eiserne Mauer bilden, vor dem Untergange bewahrt geblieben ist. Ihnen allen gilt unsere Hochachtung, ihnen allen unsere guten Wünsche, ihnen allen unseren Dank und Fürsorge. Sie alle sind eingeschlossen in die herzlichsten Glückwünsche die gegenüber Einzelnen ausdrücklich ausgesprochen werden.

Wilhelm Hemberger †. Schon wieder hat der Tod eine Lücke in unsere Reihen gerissen. Kollege Hemberger, unser Vorsitzender der Ortsgruppe Frankfurt, ist nicht mehr. Pflichtbewußt zog er hinaus ins Feld und erfüllte als „Schipper“ treu seine Pflicht gegenüber dem Vaterlande, bis eine feindliche Granate seinem Wirken ein Ziel setzte. In die Heimat zurückgekehrt, konnte aber ärztliche Kunst und

treue Pflege das fliehende Leben nicht mehr halten, und am 10. Mai ging er hinüber ins bessere Jenseits. Gemberger war einer der ersten Pioniere unserer Bewegung in Frankfurt und unablässig bemüht, ihre Ziele verwirklichen zu helfen. Bis zur Gründung unseres Verbandes Mitglied im Fabrikarbeiterverband, trat er am 1. Januar zu unserem Verbands über und betätigte sich mit einem Eifer und einer Aufopferung an der guten Sache, die uns allen zum Vorbild dienen kann. Möge ihm der Lohn dort droben nicht vorenthalten bleiben. Sein Andenken wird in unserem Kreise unvergessen sein.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Die Versammlung der Vertreter der dem deutschen Arbeiterkongress angeschlossenen Organisationen am 6. Mai in Essen hatte an den Reichskanzler folgendes Telegramm gerichtet:

An Se. Excellenz den deutschen Reichskanzler.
Berlin.

Die Vertrauensmänner der christlich-nationalen Arbeiterorganisation Westdeutschlands, zur Beratung der unser Volk in diesem Augenblick weltgeschichtlicher Entscheidungen bewegenden Fragen in Essen versammelt, sprechen Ew. Excellenz zu der seitherigen Haltung in der innerpolitischen Neugestaltung ihre Zustimmung aus. Möge das ehrliche Bemühen Ew. Excellenz, dem werktätigen Volke einen größeren Einfluß auf die Entwicklung des Staatslebens und einen erhöhten Anteil an den Errungenschaften der staatlichen Kulturarbeit zu sichern, zum Segen unseres ganzen Volkes von Erfolg gekrönt sein.

S. A. Behrens, M. d. R.

Der Herr Reichskanzler hat darauf wie folgt geantwortet:

„Den Vertrauensmännern der christlich-nationalen Arbeiterorganisationen danke ich aufrichtig für die freundliche telegraphische Begrüßung. Für die innere Erneuerung und Gesundheit Deutschlands ist eine unerläßliche Vorbedingung die werktätige Mitarbeit eines tüchtigen Arbeiterstandes, der als vollberechtigtes Glied des Staatsganzen mit allen andern Ständen wetteifert in der Arbeit des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens Deutschlands. Die Arbeiter sind zu solcher Mitarbeit bereit und fähig, sie werden Deutschland siegen und nach erfolgtem Frieden sein Haus wohllich ausbauen helfen.“

von Bethmann Hollweg.

Die Westdeutsche Arbeiterzeitung schreibt hierzu:

„Auch diese Auslassung des Reichskanzlers ist ein klares Bekenntnis zur mehrfach geäußerten durchaus sozialen Auffassung der innerpolitischen Mission, die er sich gestellt hat. Wer aber so zur Arbeiterschaft spricht, wird sicherlich ihren Willen bewegen und ihre Seele zu gewinnen vermögen. Der Reichskanzler nützt durch diese vertrauensvolle Sprache dem Vaterlande und dem geistigen Zusammenhalt seiner Glieder mehr als die Schreier zusammengenommen, die nach dem „starken Mann“ rufen.“

Auf der Konferenz wurde auch zu der Frage der Kriegerheimstätten Stellung genommen und folgende Entschliebung angenommen:

„Die Zeichen der Zeit mahnen immer dringender, der Wohnungsnot entgegenzutreten. Die heimkehrenden Krieger müssen mit ihren Familien davor bewahrt werden, zu den Ernährungsschwierigkeiten noch eine ganz unübersehbare Wohnungsnot vorzufinden. Nichts könnte der gedeihlichen Entwicklung unseres Volkslebens nach dem Kriege verderblicher werden, als die tägliche Doppelpflicht: Nahrungs- und Wohnungsnot. Der 10. Ausschuß des Reichstages (Wohnungsweisen) erkannte in seinem Bericht, daß wir nach dem Kriege sicher vor einer Wohnungsnot stehen. (In vielen Gemeinden besteht sie schon jetzt.) Der Reichstag hat demgemäß am 24. Mai 1916 einstimmig die verbündeten Regierungen ersucht, u. a. baldmöglichst gesetzliche Unterlagen zur Errichtung von Kriegerheimstätten (Kriegerheimstätten) vorzulegen.“

Die christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung hat sich in ihren August-Beschlüssen von 1916 über die Wohnungsfrage bei der Reichsregierung für die Heimstätten für Stadt und Land die gesündeste Lösung der Wohnungsfrage für Arbeiter und Mittelstand, Beamte und Angestellte und ein wichtiges Mittel den Verbrauchern die Eigenerzeugung eines Teiles ihres Lebensmittelbedarfs zu ermöglichen. Sie erblickt ferner in den Heimstätten neue Bürgschaften für ein gesundes deutsches Familienleben und ein wirksames Abwehrmittel gegen den Geburtenrückgang. Die Zeit drängt. Der Wiederaufbau unseres Volks- und Familienlebens fordert Heimstätten als Grundlage. Wir bitten daher um schnellste Vorlage des auch vom Reichsgewünschten Heimstättengesetzentwurfs.

Ein Jahr Kriegsernährungsamt. Der Bundesrat hatte in seiner Sitzung vom 22. Mai 1916 den Reichskanzler ermächtigt, eine eigene, neue, ihm unmittelbar unterstellte Behörde, das Kriegsernährungsamt, zu errichten. Am 29. Mai 1916 hat dasselbe seine Geschäfte aufgenommen. Die Errichtung des Kriegsernährungsamtes wurde von der gesamten Bevölkerung mit Genugtuung, leider aber auch mit übertriebenen Hoffnungen begrüßt. Man übernahm, daß eine Vermehrung der vorhandenen Lebensmittel im Kriege unmöglich ist, da nicht nur die Einfuhr dauernd zurückgeht, sondern auch eine Steigerung der Inlandsproduktion an Lebensmitteln wegen des Mangels an Arbeits- und Gespannkräften, an Kraftfutter und Kunstdünger, Maschinen und Geräten ausgeschlossen ist. Das Kriegsernährungsamt konnte nur einen allgemeinen Ernährungsplan aufstellen und Bestandsaufnahmen, Beschlagnahmen, Nationierung Verteilung und Festsetzung von Höchstpreisen anordnen. Aber auch das begegnete großen Schwierigkeiten. Viel leichter ist es, Pläne zur Bewirtschaftung der Kohle, des Eisens, der Textilwaren usw. angesichts der genauen Kenntnis über den Umfang ihrer Erzeugung aufzustellen. Ein mit aller Sorgfalt ausgearbeiteter Ernährungsplan kann durch ungünstige Witterung und schlechte Ernten über den Haufen geworfen werden. Wir wollen heute kein Bild über die Leistung des Kriegsernährungsamtes im ersten Jahre seiner Tätigkeit geben, wollen auch nicht all die Fehler aufzählen, die im Laufe des Jahres gemacht wurden. Ein abschließendes Urteil wird erst in einer späteren Zeit gefällt werden können, wenn die Gesamtzusammenhänge offen dargelegt werden können. Das kann jedoch gesagt werden: hätten wir dem Handel und dem freien Spiel der Kräfte auch im dritten Kriegsjahr freies Betätigungsfeld gelassen, wir wären einer Katastrophe entgegengesteuert. Hätte man das Kriegs-

ernährungsamt schon früher errichtet und auch mit größeren Vollmachten ausgestattet, dann stände es in Bezug auf unsere Ernährung besser. Im zweiten Kriegsjahr einschneidende Veränderungen herbeizuführen, nachdem die ganze Versorgungspolitik verfahren war, war für das Kriegsernährungsamt keine leichte Aufgabe. Das Amt beschäftigt heute rund 200 obere, mittlere und untere Beamte und Angestellte. Dem Präsidenten zur Seite stehen 12 Vorstandsmitglieder, daneben besteht ein Beirat aus 105 Mitgliedern, der in Fragen von grundsätzlicher Bedeutung teils in Kollektivsammlungen, teils in Sachausschüssen zusammentritt. Zur Erörterung hauswirtschaftlicher Fragen ist ein aus 30 Mitgliedern bestehender Frauenbeirat errichtet worden. Außerdem steht dem Kriegsernährungsamt der Ernährungsbeirat des Reichstages, der sogenannte Fünfzehner-Ausschuß zur Seite, der regelmäßig wöchentlich eine Sitzung abhält. Mit der Heeresverwaltung und dem Kriegsamt besteht enge Kollaboration. Das alles beweist, daß Personen aus allen Bevölkerungsschichten und allen Parteien bei Maßnahmen des Kriegsernährungsamtes beratend mitwirken. Sie setzen alle ihr Bestes daran, einen Weg zu finden, wie man am sichersten und Besten bei der langen Dauer des Krieges über die Ernährungsschwierigkeiten hinwegkommt und daß wir nicht einen Hungerfrieden schließen müssen. Und daß wir einen solchen Frieden nicht zu schließen brauchen, sondern mit unseren Lebensmitteln bei iporiamer Wirtschaft durchhalten, davon sind wir alle überzeugt.

Aus den Ortsgruppen.

Cöln. In den vergangenen Wochen fanden für fast sämtliche städtischen Betriebe gesonderte Versammlungen statt, die zum Teil sehr gut besucht waren. Die Erhöhung der Familienzulagen, die den Stadtfamilien jährlich mit über 1½ Millionen belasten wird, hat trotzdem keine volle Befriedigung unter den Arbeitern und Angestellten auslösen können. Wer mit der Erhöhung der Zulagen 19, 28, 37, 46 oder gar 55. *M* pro Monat mehr Einkommen erhält, ist gewiß zufrieden. Nicht aber diejenigen, die bei dieser Regelung leer ausgegangen sind. Der Umstand aber, daß ein Teil der Arbeiterschaft bei einer Neuordnung der Bezüge keine Berücksichtigung findet, kann, wenn nur dieser Umstand allein und keine anderen sachlichen Momente in Frage kommen, nicht als ein berechtigter Grund zur Unzufriedenheit erachtet werden. Dahin müssen wir schließlich kommen, reichlos mitanzusehen zu können, daß ein Teil der Arbeitskollegen, die bisher besonders schwer zu leiden hatten, wesentlich aufgebessert wird. Woher Leid und Mißgunst sind noch immer schlechte Berater gewesen. Dieser Umstand trifft aber im vorliegenden Falle nicht zu. Sachliche Momente und Gründe ließen die Kollegen und Kolleginnen in Cöln eine Aufbesserung ihres Einkommens erwarten, und diese Hoffnung ist getäuscht worden. Seit Beginn des Krieges sind die Löhne der ledigen Arbeiter, neben der für die Friedenszeit berechneten vormaligen Zulagen, nur um 10. *M*, respektive 10 Prozent des Lohnes gestiegen. Für Verheiratete ohne Kinder beträgt die Steigerung 20. *M* pro Monat, respektive 10 Prozent ihres Lohnes. Dieses Mehr an Einkommen reicht auch nicht im Entferntesten an die Verteuerung der Lebenshaltung heran, so daß aus diesem Grunde heraus eine außerordentliche Zulage erwartet wurde.

Ein weiterer Grund ist das Mißverhältnis zwischen den Löhnen, die in den Privatbetrieben gezahlt werden und denen bei der Stadt. Eine Verallgemeinerung ist auch hier nicht angebracht, schon aus dem Grunde nicht, weil mit den angeblich außerordentlich hohen Löhnen der Arbeiterschaft heute sehr viel Schwindel in der Öffentlichkeit getrieben wird. Tatsächlich ist aber heute für verschiedene Arbeitergruppen der Unterschied in den Löhnen der Privatindustrie und den städtischen Betrieben ein zu großer geworden. Ein Teil hat daher hieraus die richtige Schlussfolgerung gezogen und entweder eine angemessene Lohnerhöhung, oder den Wechselstein gefordert. Wenn es nicht in größerem Maßstabe geschehen ist, dann nur aus dem Grunde, weil die älteren Leute, die sich durch jahrzehntelange Tätigkeit bei verhältnismäßig geringer Entlohnung eine Reihe Privatrechte erworben, die sie nun nicht gut fahren lassen können. Verschiedene Betriebsleitungen sahen sich daher durch die Verhältnisse gezwungen, in bescheidenem Maße besondere Betriebszulagen zu gewähren. Aber nur zum Teil.

Unter diesen Umständen sahen sich die Arbeiterausschüsse veranlaßt, an die Betriebsleitungen und den Herrn Oberbürgermeister mit neuen Forderungen heranzutreten. Gefordert wird eine Verteilung der sich ergebenden Särten, die Form und die Höhe der gewünschten Zulagen sind, da die Verhältnisse in den verschiedenen Werken und Betrieben sehr von einander abweichen, diesen nach Möglichkeit angepaßt, wobei selbstverständlich die letzte Erhöhung der Familienzulagen berücksichtigt ist.

Die Forderung der Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten der Straßenbahn nach mehr Ruhetagen ist immer noch nicht erledigt. In den letzten Tagen ist nun eine Bekanntmachung der Straßenbahndirektion erschienen, in der gesagt wird, daß sobald genügend Personal vorhanden, sämtlichen weiblichen Angestellten ein Ruhetag pro Monat mehr gewährt werden soll. Fast zu gleicher Zeit aber erklärte der Dezernent Herr Beigordener Altmann in der Stadtkonferenz am 23. Mai: „Mit dem Personal sind wir an der Grenze der Leistungsfähigkeit angelangt. Es ist nicht möglich, sämtliche Beiwagen zu stellen. Wir sind kaum in der Lage, den jetzigen Abgang an Personal zu ersetzen. Im allgemeinen müssen wir damit rechnen, daß statt der Erweiterung eine Einschränkung eintreten muß, weil sich keine Frauen für den Fahrdienst mehr melden.“

Aus welchem Grunde sich keine Frauen mehr melden, ist zwar nicht gesagt worden. Wir wollen aber an dieser Stelle die Antwort geben. Geeignete Frauen melden sich nicht mehr, weil die Lohn- und Dienstverhältnisse nicht zeitgemäß sind, insbesondere den verheirateten Frauen hinsichtlich der Ruhetage kein Entgegenkommen gezeigt wird. Tritt hier keine Besserung, ohne Rücksicht auf die augenblicklichen Folgen in kurzer Zeit ein, dann wird auch noch ein großer Teil der jetzt beschäftigten Frauen der Straßenbahn den Rücken kehren. Bei der Leitung der Straßenbahn kommt man anscheinend aus lauter Bürokratismus zu keinem endgültigen Entschluß. So ist in den letzten Tagen wieder ein edles Bürokratenstückchen zu verzeichnen. Für die tägliche Abrechnung der Schaffner und Schaffnerinnen sind 10 Minuten im Dienstplan vorgesehen. Durch eine getroffene Änderung im Abrechnungsverfahren behielten sich diese 10 Minuten aber bis zu einer halben, ja ganzen Stunde aus. Selbstverständlich nicht zur Zufriedenheit der Angestellten. Jeder Laie hätte nun an einem einzigen Abend durch einfache Augencheinnahme diesen Mißstand feststellen können. St. Bürokratismus aber verfügte, daß die Abrechnungsbeamten feitzustellen haben, wann der Wagen ins Depot eingelaufen und wann die Abrechnung erledigt ist. Die Folge davon ist, daß der Abrechnungsbeamte mit einer Mehrarbeit belastet wird, die selbstverständlich zu einer Vergrößerung des Übels führen muß. Daß die Abrechnungsbeamten nunmehr, von oben und unten gleichzeitig bedrängt, die Zeitaufgaben nicht nach oben, sondern nach unten abrunden ist doch leicht verständlich. Wenn man weiter beobachtet, daß über jede geringste Lappalie eine große Meldung verlangt wird, so daß die mittleren Beamten, öfters selbst den Kopf darüber schütteln, dann scheint es, als wenn für die Cölner Straßenbahn die Tatsache, daß wir im dritten Kriegsjahre leben, nicht erfüllt ist. Der müde Amtschimmel, an die alte Straße und die alten Methoden einmal gewöhnt, klappert seinen gewohnten Weg weiter, genau wie im tiefsten Frieden.

Das viel gerühmte Liquidationstalent versagt hier vollständig. Aus lauter Angst das Lohnkonto mit mehreren Tausend Mark belasten zu müssen, begnügt man sich mit Erhebungen, Erwägungen über offensichtliche Mißstände, gibt dann aber gleichzeitig durch erhöhte Ausbildungskosten das nämliche aus, ohne aber sich ein ausreichendes, tüchtiges Betriebspersonal beschaffen zu können.

In den Versammlungen der Kolleginnen kam überall zum Ausdruck, wenn die Direktion in ihren Ansprüchen an die Neuzustellenden wesentlich zurückgehen und ihnen allerlei zweifelhaftes „Gefocks“ als „Kolleginnen“ aufdränge, sie für sich die Schlussfolgerungen ziehen würden. Die Verschärfung unter den Augen der ganzen Öffentlichkeit fordere, daß auch in dieser Beziehung Rücksicht genommen würde.

Bamberg. (Straßenbahner.) Unsere Eingabe an die Straßenbahndirektion um Erhöhung der Teuerungszulage und Gewährung von mehr Ruhetagen ist nunmehr beschieden worden. Die Teuerungszulagen werden erhöht für Ledige auf 12. *M* für Verheiratete 15. *M* und jedes Kind 2. *M* pro Monat. Bisher wurde die Kinderzulage im Betrage vom 1. *M* erst vom 3. Kinde ab gewährt. In Bezug auf Gewährung von Ruhetagen zeigte die Direktion kein Entgegenkommen.

Unsere letzte Versammlung hatte sich mit den Leuzungszulagen vorläufig zufrieden zu geben, dagegen aber auf die Forderung nach Freigabe des achten Tages als Ruhetag bestehen zu bleiben, und ihre Erfüllung unter allen Umständen zu verlangen.

Beschlossen wurde sodann den mit der Straßenbahngesellschaft abgeschlossenen Tarifvertrag, der am 31. Dezember 1916 abläuft, aber in Rücksicht auf die Kriegsverhältnisse auf ein weiteres Jahr verlängert wurde, nunmehr zum Ende dieses Jahres zu kündigen, um die Möglichkeit zu haben, die beim Abschluß vereinbarten Lohn- und Dienstverhältnisse, den Zeitverhältnissen entsprechend, zu gestalten.

Berlin. In unserer letzten Versammlung am 2. Mai war als Redner der Kollege Winter vom christlichen Metallarbeiterverband erschienen. In seinem Vortrage über Volkswirtschaft gab er ein übersichtliches Bild über die Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens in den letzten 50 Jahren. Die ganze Entwicklung verfolge aber keine ihr vorgeschriebenen strengen Gesetze die unänderlich seien, sondern unterliege sehr stark den Einwirkungen der verschiedenen Gruppen der Bevölkerung. Auch die Arbeiterbewegung könne diese Entwicklung beeinflussen, sie zu ihren Gunsten gestalten. Voraussetzung aber sei hierfür der Zusammenhalt. Der einzelne Mensch verschwinde unter der großen Zahl. Ueber seine Wünsche und Bestrebungen ging man zur Tagesordnung über. Nur die Zusammenfassung, das planmäßige Verfolgen der Wünsche und Forderungen sichere den Erfolg. Die Gewerkschaften haben in erster Linie die Aufgabe, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu bessern. Damit allein aber wäre die soziale Lage nicht gebessert, wenn auf der anderen Seite die erhöhten Löhne durch Steigerung der Preise für Lebensmittel, Wohnung und sonstige Bedarfsgegenstände wieder vollständig aufgezehrt würden.

Deshalb müsse neben der Beteiligung an den Gewerkschaften noch eine rege Anteilnahme am gesamten öffentlichen und politischen Leben kommen. Bei der versprochenen Neuorientierung in der inneren Politik werde der breiten Masse eine größere aktive Teilnahme am gesamten Staatsleben ermöglicht werden. Diese Möglichkeit ausgiebig benutzt, wäre für die Staats- und Gemeindegewalt um von so größerer Bedeutung, weil hierdurch nicht nur die allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft besser gewahrt werden können, sondern auch eine bessere Gestaltung ihrer Lohn- und Dienstverhältnisse zu erwarten sei. Kollege Giesen dankte dem Redner für seine Ausführungen, auch dem Kartell der christlichen Gewerkschaften in Berlin für die der Ortsgruppe geliehene Unterstützung. Ein reger Versammlungsbesuch sei aber die Vorbedingung für ein erfolgreiches Arbeiten. Beschlossen wurde sodann, am Mittwoch, den 6. Juni, abends 8 Uhr, Gipsstr. 3 eine außerordentliche Generalversammlung abzuhalten, zu der auch Kollege Giesmann, Gln, sofern keine besonderen Umstände ihn an der Teilnahme verhindern, sein Erscheinen zugesagt hat.

Gewerkschaften und Streiks. Die gemeinsame Kundgebung der Gewerkschaften an den Chef des Kriegsamts, Generalleutnant Gröner, worin unzweideutig jede Arbeitsniederlegung in der Kriegswirtschaft abgelehnt und verursacht wird, hat in der Öffentlichkeit weitgehende Beachtung gefunden. Die „Kölnische Zeitung“ Nr. 104, 1917, schreibt in einem Nachwort zu der Gewerkschaftskundgebung, daß besonders der Ton, „in dem sich die Gewerkschaften gegen alle Ausstandsgefühle im Kriege wenden und mit einer gewissen freudigen Selbstverständlichkeit in dieser ersten Zeit auf ein ihrer Rechte verzichten, besondere Würdigung und Anerkennung“ verdiene. In der Kundgebung der Gewerkschaften sei auch die Bürgerschaft dafür enthalten, daß die von Generalleutnant Gröner in seinem Aufruf an die Arbeiter ausgesprochene Erwartung, daß die anständigen Elemente den Unruhestiftern entgegenzutreten sollen, in vollstem Maße erfüllt würde. Die Kölnische Zeitung wünscht dann aber Aufklärung darüber, welche Unterlage die Gewerkschaften dafür hätten, daß sie in ihrem Schreiben an Gröner Vorwürfe gegen die Unternehmer erhoben hätten:

„Noch vor wenigen Monaten hat man“, so schreibt die Kölnische Zeitung wörtlich, „die Kriegsindustrie unter ein Gesetz gestellt, das mit den weitest gehenden sozial-politischen Bestimmungen durchsetzt war, das dem Unternehmertum das Neueste zumutete, das ihm unter der heutigen Wirtschafts- und Rechtsordnung noch zugemutet werden konnte. Die Gewerkschaften müssen deutlicher werden, was sie darüber hinaus noch von Staats und Heeresleitung zur Beschränkung der Unternehmerfreiheit verlangen.“ Eine Beschränkung der Unternehmerfreiheit verlangen die Gewerkschaften nicht. Sie verlangen nur, daß die den Ar-

beitern verbliebenen Freiheiten und Rechte nicht durch Unternehmermaßnahmen willkürlich weiter eingeschränkt werden. Durch das Hilfsdienstgesetz ist den Arbeitern zweifellos viel mehr zugemutet worden, sie haben bereitwillig viel größere Opfer an Bewegungsfreiheit gebracht wie die Arbeitgeber. Für ihre Leistungen gegenüber den Unternehmern, die auch zu einer sehr scharfen Verwarnung aus dem Munde des Chefs des Kriegsamtes im Reichstagsausschuß geführt haben, stehen den Gewerkschaften eine Menge von Unterlagen zur Verfügung. Das Hilfsdienstgesetz gestattet es den Arbeitern, ihre Stelle zu wechseln, wenn sie eine wesentliche Verbesserung der Lohn und Arbeitsbedingungen erzielen können. Die Unternehmer haben dies gesetzliche Recht der Arbeiter dadurch einzuschränken oder ganz illusorisch zu machen versucht, indem sie durch ihre Organisationen die Unternehmer schriftlich verpflichtet haben, keinerlei Verschönerung über die Höhe der Arbeitslöhne auszustellen. Derartige Vereinbarungen sind, wie aus bekannt gewordenen Rundschreiben hervorgeht, in einer ganzen Reihe von Unternehmerverbänden getroffen worden. Hier handelt es sich für die Arbeiter um eine der wichtigsten Fragen ihrer wirtschaftlichen Existenz. Zu Tausenden liegen den Arbeiterorganisationen ferner Beschwerden von reklamierten Arbeitern vor, die sich mit Recht darüber beklagen, daß ihr durch die Militärpflicht gegebenes Abhängigkeitsverhältnis von vielen Arbeitgebern in lohnbrüderlicher Weise ausgenutzt wird. Diese Uebelstände haben die Gewerkschaften zu einer gemeinsamen Eingabe an das Kriegsamtsamt veranlaßt, um Abhilfe zu schaffen. Stark beunruhigt wird die deutsche Arbeiterschaft ferner durch das krampfhafteste Bestreben der Großindustriellen, die wirtschaftsfriedlichen Werkvereine mit allen möglichen künstlichen Mitteln in die Höhe zu bringen. Diese ganzen Bestrebungen laufen in letzter Linie doch nur darauf hinaus, die selbständige Interessenvertretung der Arbeiterschaft lahm zu legen und sie nach Möglichkeit zu durchkreuzen. Seit Inkrafttreten des Hilfsdienstgesetzes ist die Tonart der Unternehmerorgane gegenüber den Arbeiterorganisationen auffallend scharf und herausfordernd geworden. Die organisierten Arbeiter können sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Unternehmer mit den sozial-fortschrittlichen Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes absolut nicht einverstanden sind und sich auch heute noch nicht damit abgefunden haben. Die Beschwerden der Gewerkschaften sowie die Mahnung Gröners nach dieser Richtung hin waren daher durchaus angebracht und werden hoffentlich ihre Wirkung nicht verfehlen.

Verbandsnachrichten.

Vom 1. Quartal haben weiter abgerechnet die Ortsgruppen: Barmen, Gildesheim, Bonn, (G), Frankfurt, Heidelberg, Bonn (Str.), Freiburg, Konstanz und Bochum. Verschiedene Ortsgruppen sind noch mit der Abrechnung im Rückstand. Sie werden hiermit dringend ersucht, das Veräumte baldigt nachzuholen.

Der Zentralvorstand.
F. A.: Heinr. Giesmann.



Es starb den Heldentod für König und Vaterland der Kollege

Wilhelm Hemberger,

Vorsitzender der Ortsgruppe Frankfurt, am 10. Mai im Lazarett zu Nürnberg.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.